



COVID-19 – Newsletter 62

19.11.2020

Noch immer oder eigentlich schon wieder stehen aufgrund der aktuellen Situation drei Handlungsfelder im Bemühen der Städte und Gemeinden:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die weltweite Corona-Virus-Pandemie ist die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten und bedarf zur ihrer Bewältigung die Bündelung aller Kräfte und einen entsprechenden Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Am 16. März 2020 wurden die gesetzlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie rechtskräftig. Ausgangsbeschränkungen wurden damals festgelegt und Betriebsstätten sowie Freizeit- und Sportbetriebe geschlossen.

Der kommunalen Ebene kam und kommt eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Ausbreitung der COVID-19 Pandemie zu. Die erste Phase der COVID-19-Virus-Erkrankung haben wir dank der Mithilfe und Unterstützung der Städte und Gemeinden, der kommunalen Unternehmen sowie der Disziplin der Bevölkerung gut überstanden.

Städte und Gemeinden haben mit ihrer Bürgernähe maßgeblich dazu beigetragen, dass Österreich die erste Phase der COVID-19 Pandemie gut bewältigt hat. Lokale Verantwortlichkeit, Kenntnis der Bedingungen vor Ort und Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern waren die Erfolgsfaktoren der Pandemiebekämpfung.

Nun gilt es, auf den gewonnenen Erfahrungen aufzubauen und alles daran zu setzen, die kommunalen Leistungen im Sinne der Allgemeinheit bestmöglich auch in Krisenzeiten aufrecht zu erhalten. Fest steht: Städte und Gemeinden werden weiterhin einen entscheidenden Beitrag leisten – bürgernah, engagiert und verantwortungsvoll.

Abschließend möchten wir besonders Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Euren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung in ganz Österreich in dieser schwierigen Zeit herzlichst danken.

Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein Teil der Lösung – gemeinsam schaffen wir es auch weiterhin.

Für tagesaktuelle Informationen möchten wir auf die online-Austauschplattform des Österreichischen Städtebundes verweisen (https://intrakommuna.at/net_home/Pages/Startseite)

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können unter folgendem Link nachgelesen werden:
https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1

Redaktion: Dr. Johannes Schmid & Kevin Muik, LL.M.



Grafik: Stadt Wien

Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen.....	3
1. Aktuell im RIS	3
2. Blümel rechnet mit 9,8% Maastricht-Defizit und 87,9% Staatsschuldenquote	3
3. Untergliederungsanalysen des Budgetdienstes des Parlamentes	4
4. Neue Hilfen für Unternehmen seit Montag beantragbar	4
5. Anschöber: Gesundheitsressort ist auf COVID-19-Impfungen ab Jänner 2021 vorbereitet	4
6. Große Unterschiede bei Schulbesuch, Schnitt bei 15 Prozent.....	5
7. younion-Kattinig: Finanzminister vergisst Städte und Gemeinden	6
8. Verfassungsrechtler bei Verordnung uneins	7
9. Volkshilfe ad Corona-Beihilfen: „Gesundheitskrise ist längst eine soziale Krise geworden“	7
10. Kinder- und JugendanwältInnen Österreichs mahnen anlässlich des Internationalen Tages der Kinderrechte am 20. November die Kinderrechte ein	8
11. Welche Betriebe dürfen offen halten? – Übersicht der WKO	8
12. Postpartner-Regelung differenziert ausgefallen	8
13. Reisebüros entsetzt: Bekommen keinen Umsatzeratz	9
14. MedizinerInnen fordern Konzepte für Zeit nach Lockdown.....	9
Aus den Bundesländern.....	10
1. LH-Kaiser fordert zweites Unterstützungspaket für Kommunen.....	10
2. Zweite Coronawelle schlägt massiv in Pflege- und Altenheimen durch	10
3. Alle Kärntner Schulen und Kindergärten sollen offen bleiben.....	10
Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden	11
1. NÖ Städtebund fordert "echte" Corona-Hilfe	11
2. Wels erlässt Gebühren in Kurzparkzonen, Linz nimmt Anpassungen im Öffentlichen Verkehr vor	11
3. Steiermark: Unterschiedliche Herangehensweisen bei Gemeinderatssitzungen	11
4. Burgenland: Eingeschränkte Öffnungszeiten in Gemeindeämtern	12
5. Wiener Gesundheitsverbund: Besuchsverbot in Kliniken nach Bundesverordnung wieder in Kraft	12
Europa und International	13
1. Generation von Nichtschwimmern aufgrund der Pandemie in Deutschland?	13
2. Ist Arbeit im Homeoffice in England Nährboden für Vorurteile und Intoleranz?	13
3. Bericht der EuroComm zur Lage in Ost- und Südosteuropa	13
Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel	14
1. Europäische Kommission: Impfstoff-Vertragsgenehmigungen mit Pharmaunternehmen.....	14
2. Europäisches Parlament: Ausschusssitzungen ua COVID19 betreffend (16.-19. November)	14



Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

1. Aktuell im RIS

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **16. November 2020** herausgegeben:

BGBl. I Nr. 118/2020

Aufhebung einer Wortfolge in § 5 Abs. 1 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes 1991, einer Zeichen- und Wortfolge in § 5 Abs. 3 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes 1991 und des § 6 Abs. 2 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes 1991 durch den Verfassungsgerichtshof

BGBl. I Nr. 119/2020

Aufhebung einer Wortfolge in § 33 Abs. 3 erster Satz des Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetzes durch den Verfassungsgerichtshof

BGBl. II Nr. 480/2020

Schusswaffenkennzeichnungsverordnung – SchKV

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **17. November 2020** herausgegeben:

BGBl. II Nr. 481/2020

Festsetzung des Anpassungsfaktors für das Jahr 2021

BGBl. II Nr. 482/2020

Familienbeihilfe-Kinderabsetzbetrag-EU-Anpassungsverordnung

Folgendes Bundesgesetzblatt wurde am **18. November 2020** herausgegeben:

BGBl. II Nr. 483/2020

Änderung der Eisenbahn-ArbeitnehmerInnenschutzverordnung - EisbAV

2. Blümel rechnet mit 9,8% Maastricht-Defizit und 87,9% Staatsschuldenquote

Gegen Ende der Budgetberatungen für das Budget 2021 diskutierte der Budgetausschuss gemeinsam mit Finanzminister Gernot Blümel die acht Budget-Untergliederungen (UG 15, 16, 23, 44, 45, 46, 51, 58) des Finanzressorts. Entsprechend weitgespannt war das Themenspektrum der Debatte, die auch an dieser Stelle von der Corona-Pandemie geprägt war. Mitverhandelt wurde auch der Bundesfinanzrahmen 2021 bis 2024. In der Debatte ging Blümel von einem gesamtstaatlichen Maastricht-Defizit in der Höhe von 9,8% und von einer Staatsschuldenquote von 87,9% aus. Für den Fall eines weiteren Lockdowns kündigte er zudem analoge Hilfsmaßnahmen für die von allfälligen Schließungen betroffenen Unternehmen an.

Mehr dazu: https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2020/PK1192/index.shtml



3. Untergliederungsanalysen des Budgetdienstes des Parlamentes

der Budgetdienst informiert über seine aktuellen Analysen für den Budgetausschuss des Nationalrates. Nach der Budgetanalyse 2020 sind nunmehr auch die Analysen zu den einzelnen Budgetuntergliederungen verfügbar. Die Dokumente sind auf der Homepage des Parlaments unter folgendem Link:

<https://www.parlament.gv.at/PAKT/BUDG/BUDGETVOLLZUG/BUNDESFINANZGESETZ/UNTERGLIEDERUNGSANALYSEN/index.shtml>

Dabei ist zu beachten, dass die Ausführungen auf der Regierungsvorlage zum BFG 2021 bzw. zum BFRG 2021-2024 beruhen und den Stand zum Zeitpunkt der Erstellung der Analyse (Datum am Deckblatt) wiedergeben. Es erfolgte keine Aktualisierung aufgrund der im Budgetausschuss eingebrachten Abänderungsanträge bzw. nachfolgender Entwicklungen.

4. Neue Hilfen für Unternehmen seit Montag beantragbar

Ab Montag können Firmen neue Coronahilfen beantragen. Es geht um den gestaffelten Umsatzeratz bis zu 800.000 Euro für den nun auch vom Lockdown betroffenen Handel. Auch wird der Fixkostenzuschuss 2 beantragbar - allerdings in einer Light-Version mit ebenso bis zu 800.000 Euro. Weiter mit der EU verhandelt wird die Variante eines breiteren FKZ 2 in der Höhe bis 3 Mio. Euro. Indes betonte Finanzminister Gernot Blümel, dass der Umsatzeratz per se nicht besteuert wird.

"Der Umsatzeratz wird jedoch in die Jahresbetrachtung einberechnet und ein allfälliger Gewinn wird besteuert", sagte Blümel am Dienstag zur APA. Der Umsatzeratz - egal ob 80 Prozent für Gastronomie und Hotellerie oder gestaffelt im Handel - führt somit nur dann zu einer Besteuerung, wenn ein Unternehmen im Gesamtjahr 2020 insgesamt einen Gewinn erwirtschaftet. Im Finanzministerium wird argumentiert, dass sich so auch die Frage einer Überkompensation nicht stelle - also dass Betriebe mehr Hilfen bekommen, als sie in normalen Zeiten verdienen könnten.

Beim FKZ 2 wird eine Art Light-Version beantragbar, gedeckelt bei 800.000 Euro. An der breiteren Version arbeitet das Finanzministerium weiter und verhandelt mit der EU-Kommission. Es geht nunmehr bei der breiteren Version nur mehr um 3 Mio. Euro, nicht wie ursprünglich vom Finanzministerium gewünscht um 5 Mio. Euro.

Unternehmen, die den Lockdown-Umsatzeratz beantragen, können gleichzeitig keinen FKZ 2 beziehen. Dieser wird rückwirkend ab 15. September ausbezahlt. Für den Lockdown-Monat bzw. -Zeit dürften einige Unternehmer ins Abwiegen kommen, was man besser beantragt. Dazu kommt auch noch der Härtefallfonds.

5. Anschober: Gesundheitsressort ist auf COVID-19-Impfungen ab Jänner 2021 vorbereitet

Bei der heutigen Nationalratsdebatte über das Gesundheitsbudget informierte Minister Rudolf Anschober die Abgeordneten über die aktuellen Corona-Zahlen. Mit 7.091 Neuinfektionen gebe es eine Stabilisierung auf hohem Niveau, aber noch nicht die notwendige Trendwende. Die Situation in Österreich werde ernster und ernster, betonte er, derzeit müssen bereits 682 PatientInnen mit schwersten COVID-19-Erkrankungen auf Intensivstationen betreut werden, und die schwierigste Woche stehe wohl noch bevor. Sein Ressort habe jedenfalls schon ein umfassendes Maßnahmenpaket für die Zeit nach dem Lockdown geschnürt und sei für die mögliche Durchführung eines Impfprogramms gegen COVID-19 ab Jänner 2021 bestens vorbereitet.

Österreich verfüge ein sehr gutes Gesundheitssystem, das auch noch weiter ausgebaut werden soll, versicherte der Minister. Anschober zeigte sich auch sehr zuversichtlich, dass bei den Gesprächen über die coronabedingten Finanzierungslücken bei der Österreichischen Gesundheitskasse und den Krankenanstalten bald ein gutes Ergebnis erreicht werde. Der Haushaltsentwurf 2021 sieht im Konkreten Auszahlungen von insgesamt 1,83 Mrd. € vor, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 48,9% entspricht.



Für den enormen Anstieg um 602,8 Mio. € sind vor allem die Aufwendungen für Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie verantwortlich, für die im Zusammenhang mit dem Epidemiegesetz insgesamt 425,8 Mio. € veranschlagt wurden. Der Großteil davon entfällt auf Kosten für Tests, Screening-Programme und Gebühren für ÄrztInnen.

Zusätzlich wurden für das nächste Jahr noch Auszahlungen für einen COVID-19-Impfstoff in der Höhe von 120 Mio. € und das COVID-19-Zweckzuschussgesetz (150 Mio. €) eingepreist, mit dem Ausgaben der Länder insbesondere für Schutzausrüstungen, die 1450-Hotline oder Ersatzstrukturen für Spitäler kompensiert werden sollen. Weitere Steigerungen ergeben sich durch die Einführung von Influenza-Impfprogrammen (+8,6 Mio. €) sowie zusätzliche Mittel für die AGES (+6 Mio. €). Der Beitrag des Bundes zur Krankenanstaltenfinanzierung soll hingegen infolge des geringeren Abgabenaufkommens aufgrund der Pandemie um 128,6 Mio. € sinken. Laut Bundesfinanzrahmen wird aufgrund des Wegfalls der Mittel zur Bewältigung der COVID-19-Krise im Jahr 2022 mit einem Rückgang der Auszahlungen zunächst auf 1,23 Mrd. € gerechnet, danach soll es bis 2024 wieder zu einem Anstieg auf 1,26 Mrd. € kommen.

Mehr dazu: https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2020/PK1216/

6. Große Unterschiede bei Schulbesuch, Schnitt bei 15 Prozent

Große Unterschiede beim Schulbesuch hat es am ersten Tag der Umstellung auf Distance Learning an Volksschulen, Mittelschulen und AHS-Unterstufen gegeben. An manchen Schulen kam im Schnitt nur ein Kind pro Klasse zur Betreuung, an anderen war deutlich mehr als die Hälfte anwesend. Im Schnitt kamen laut Bildungsministerium rund 15 Prozent der Kinder an die Schulen - mit Abstand am meisten in den Volksschulen.

In **Wien** waren an den Volksschulen nach ersten Erhebungen rund 22 Prozent der Kinder anwesend, an den Mittelschulen rund sechs und an den AHS-Unterstufen rund 3,5 Prozent. Über alle Schulen gerechnet kamen knapp 14 Prozent. Einige Schulen haben noch nicht rückgemeldet, hieß es aus der Bildungsdirektion. Diese würden aber das Bild nicht stark verändern.

Fast ident die Zahlen in **Tirol**: An den Volksschulen kamen rund 23 Prozent, an den Mittelschulen acht und an den AHS drei Prozent - das waren 15 Prozent aller SchülerInnen. "Ich habe mit mehr gerechnet", zeigte sich Bildungslandesrätin Beate Palfrader positiv überrascht. Die Bitte, Kinder wenn möglich zuhause zu betreuen, habe anscheinend Anklang gefunden.

Auch im Bundesland **Salzburg** zeigte sich ein ähnliches Bild: Rund 15 Prozent aller 73.000 SchülerInnen kamen zur Betreuung in ihren Bildungseinrichtungen. "Das ist ungefähr das Dreifache vom ersten Lockdown", sagte Bildungsdirektor Rudolf Mair zur APA. Zum Wochenende hin sinke die Anwesenheit laut Anmeldungen dann ungefähr auf zwölf Prozent, "das dürfte auch mit Teilzeit-Arbeitsplätzen zusammenhängen", vermutete er.

Mit 16 Prozent ziemlich genau im Schnitt lag auch **Kärnten**. Laut Bildungsdirektor Robert Klinglmair waren im städtischen Bereich zum Teil aber auch 30 bis 40 Prozent der SchülerInnen anwesend. In den Volksschulen waren 23,5 Prozent der Kinder anwesend, in den Neuen Mittelschulen 10,9 und in der AHS-Unterstufe 4,3 Prozent.

Vorarlberg kam auf einen Wert von 13 Prozent.

Am wenigsten Schüler waren im **Burgenland** und in der **Steiermark** in der Schule: An den burgenländischen Volksschulen waren es 18 Prozent, an den Mittelschulen vier und an den AHS-Unterstufen ein Prozent - auch hier gab es aber Schwankungen mit Besuchsquoten an kleinen Standorten bis zu rund 80 Prozent. In der Steiermark verzeichnete man laut Bildungsministerium insgesamt rund acht Prozent Besuchsquote.

Deutlich mehr SchülerInnen wurden an den **niederösterreichischen** und **oberösterreichischen** Schulen betreut: Über alle Schulen gerechnet waren es jeweils 25 Prozent - auch hier am häufigsten an den Volksschulen.

"Die Schulen haben sich gut auf die neue Situation eingestellt", so Bildungsminister Heinz Faßmann in einer Aussendung. "Ich weiß, dass diese ein hohes Maß an Flexibilität erfordert. Mein Dank gilt allen Schulpartnern, die Verständnis für die Situation aufbringen." Zum Teil stimmte der von Eltern angegebene Betreuungsbedarf auch nicht mit der tatsächlichen Inanspruchnahme überein. "Ich habe jetzt nicht extra durchgezählt. Aber in den Klassen sitzen doch meistens weniger Kinder als angemeldet wurden", so ein Direktor zur APA.



Das sei zwar für die Planung schwierig, er verstehe das aber andererseits auch. "Die Frist zur Bekanntgabe war ja sehr kurz. Im Zweifelsfall hätte ich da wahrscheinlich auch 'Mein Kind braucht Betreuung' angekreuzt." Wenigstens seien aber jetzt die Gruppen kleiner.

Große Unterschiede gab es auch beim Distance Learning selbst: Vor allem AHS setzten schon am ersten Tag vielfach auf Videokonferenzen. An Volksschulen dominierten dagegen Arbeitspakete mit Aufgaben, die entweder per Mail übermittelt wurden, bereits am Montag analog übergeben wurden oder an den Schulen abgeholt werden konnten. Zum Teil seien zwar auch hier Videokonferenzen geplant, so eine Direktorin. Allerdings habe man am ersten Tag aufgrund des angegebenen Betreuungsbedarfs viele Lehrkräfte an die Schule geholt. Bei den Videokonferenzen solle es auch weniger um Lernstoff gehen als um das Aufrechterhalten des Kontakts zwischen den Kindern und um Fragen zu den Arbeitspaketen.

Erste Rückmeldungen aus den Kindergärten lassen vermuten, dass die Betreuung weit öfter als an den Schulen in Anspruch genommen wird. Das zeigen etwa die größten privaten Kindergartenträger in Wien, von denen fast drei Viertel der Kindergärten in der Bundeshauptstadt betrieben werden: Bei den Kinderfreunden, die in Wien 155 Häuser betreiben, sind am Dienstag rund drei Viertel der Kinder im Kindergarten erschienen. In den rund 90 Standorten der Sankt Nikolausstiftung wird laut einer Sprecherin mit einer Auslastung zwischen 50 und 70 Prozent gerechnet. In den städtischen Kindergärten Wiens sind es 43 Prozent. In die städtischen Standorte der steirischen Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen wurden am Dienstag im Schnitt 50 Prozent der angemeldeten Kinder gebracht, hieß es vonseiten des Landes gegenüber der APA. An den ländlichen Standorten seien es im Schnitt 35 Prozent der angemeldeten Kinder gewesen. Aus Linz wird gemeldet, dass dort am Dienstag 36 Prozent der Kindergartenkinder (1.722 Kinder) und 57 Prozent der Krabbelstubenkinder (530) in die Einrichtungen gekommen sind.

younion – Die Daseinsgewerkschaft hat unterdessen am Dienstag bundesweit "klare Sicherheitsmaßnahmen und einheitliche Regelungen" für Kindergärten eingefordert. Sie verweist dabei auf eine noch vor dem zweiten Lockdown durchgeführte Online-Umfrage, bei der ein Viertel der rund 2.600 Befragten von zumindest einer Infektion an ihrem Standort berichtet hätten. Gerade erst hat auch eine neue Richtlinie für die Kindergärten bei den dort Beschäftigten laut Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) für "großen Unmut" gesorgt: Demnach gelten MitarbeiterInnen der Kindergärten im Falle einer COVID-19-Erkrankung in der Gruppe nicht mehr als enge Kontaktperson (K1) sondern als K2-Kontaktperson und müssten ohne Testung weiter ihren Dienst verrichten, verweisen sie auf einen Informationsbrief der Behörden an die Bildungseinrichtungen.

7. younion-Kattinig: Finanzminister vergisst Städte und Gemeinden

„Die Gemeinden bekämpfen seit dem ersten Lockdown die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und sichern die Leistungen der Daseinsvorsorge wie etwa Gesundheit, Wasser, Müll, Energie und soziale Dienstleistungen. Schon die bisherigen Einnahmeausfälle durch fehlende Steuereinnahmen betragen bis zu 2,2 Milliarden Euro und werden durch den aktuellen Lockdown weiter massiv anwachsen. Die Gemeinden müssen schon jetzt ihre Investitionen 2020/21 jeweils zwischen 800 Millionen und 1,6 Milliarden Euro zurückfahren. Dieses Geld fehlt der regionalen Wirtschaft und den Menschen“, sagte Kattinig.

Bisher hat die Bundesregierung wie auch in anderen Bereichen ihren Ankündigungen kaum Taten folgen lassen. Kattinig: „Die angekündigte Gemeindemilliarde fließt nur sehr spärlich. Gleichzeitig belastet die verabschiedete Steuerreform die Gemeindebudgets zusätzlich mit 1,14 Milliarden Euro. Um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und Arbeitsplätze zu sichern, braucht es eine 100prozentige Abgeltung des Einnahmeentfalls bei Kommunalsteuer und Ertragsanteilen und der zusätzlichen finanziellen Belastungen, um ein Konjunkturpaket für Kommunen und somit Projekte zur Ankurbelung der örtlichen und regionalen Wirtschaft effektiv umsetzen zu können.“

„Ein vollständiger finanzieller Ausgleich der Einnahmeausfälle und zusätzlichen Aufwendungen aufgrund der Pandemie für Städte und Gemeinden und ein öffentliches Beschäftigungspaket in wichtigen Bereichen der Daseinsvorsorge sichern den dringenden Bedarf, schaffen Arbeitsplätze und bringen die Wirtschaft wieder in Schwung. Die Regierung muss den Weckruf endlich wahrnehmen und in die Gänge kommen. Ein Kommunalgipfel unter Einbindung der Sozialpartner ist dringend notwendig, um die nötigen Maßnahmen endlich auf den Weg zu bringen“, forderte Kattinig abschließend.



8. Verfassungsrechtler bei Verordnung uneins

Am Dienstag trat die Covid-19-Notmaßnahmenverordnung in Kraft – hinter diesem sperrigen Begriff verbergen sich die neuen Regeln für den harten Lockdown. Zuletzt hat das Gesundheitsministerium noch einmal die Kontaktregeln geändert: Nur ein „Einzelner“ aus einem Haushalt darf Mitglieder eines anderen Haushalts treffen oder besuchen, wobei deren Anzahl keine Rolle spielt. Bei den Details der neuen Verordnung gehen die Einschätzungen von Verfassungsrechtlern aber auseinander.

Während die am Sonntag veröffentlichte Verordnung vom früheren Dekan der juristischen Fakultät der Universität Wien, Heinz Mayer, als im Großen und Ganzen ausreichend bestimmt angesehen wird, äußerte Verfassungsjurist Bernd-Christian Funk Bedenken. „Eine Regelung dieser Tragweite und Bedeutung hätte sich mehr an juristischer Eindeutigkeit verdient“, so Funk.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3190026/>

9. Volkshilfe ad Corona-Beihilfen: „Gesundheitskrise ist längst eine soziale Krise geworden“

„Die Corona-Hilfen führen zu einer weiteren Umverteilung von unten nach oben. Öffentliche Gelder sollten dafür verwendet werden eine soziale Krise abzuwenden. Die Corona-Hilfen sind für viele Betroffene nicht ausreichend. Arbeitslose, Armutsbetroffene und Familien lassen wir de facto im Regen stehen“, reagiert Erich Fenninger auf die vom Momentum-Institut veröffentlichte Analyse der Wirkung des 13-Milliarden Konjunkturpakets der Bundesregierung als Antwort auf die Covid-19-Krise.

Risikohafte Prioritätensetzung

Die Bewertung des Momentum Instituts ist verheerend: während es zu einer umfassenden Stützung bestimmter Teile des privaten Unternehmenssektors kommt, werden geringverdienende ArbeitnehmerInnen nur kurzfristig über lückenhafte Einmalzahlungen entlastet. Zudem komme es zu einer riskanten Prioritätensetzung: Denn es ist sehr fraglich, ob die Staatshilfen dazu führen, dass Private tatsächlich investieren – eine Unklarheit, die man sich aus Sicht der Volkshilfe in der aktuellen Situation nicht leisten könne, so Fenninger. Die ab September 2020 wirksame Steuerreform schaffe laut Prognose des Momentum Instituts kaum Entlastung für das unterste Einkommensfünftel. „Es ist unverständlich“, so der Direktor der Volkshilfe Österreich, „wieso die Regierung bei jenen, die besonders verletzlich sind, auf lückenhafte Einmalzahlungen setzt, die nur ganz punktuell helfen und daher auch konjunkturpolitisch wenig Effekte haben. Was die Menschen dringend brauchen ist eine Erhöhung der Nettoersatzquote für Arbeitslose, die Erhöhung der Mindestsicherung und die rasche Umsetzung eines Mindestlohns“. Wie Volksanwalt Bernhard Achitz bereits vor einigen Tagen betont hat, hatten bisher jene Menschen gar keinen Anspruch auf Einmalzahlungen, die Krankengeld bezogen haben. Hier müsse dringend nachjustiert werden, damit es nicht jene besonders hart trifft, die während der Corona-Krise krank geworden sind.

Neues Konjunkturpaket

Fenninger schließt sich im Vorfeld der parlamentarischen Beratungen in der kommenden Woche daher der Forderung nach einem zweiten Konjunkturpaket im ersten Halbjahr 2021 an. Die öffentliche Hand sei gefragt, dabei auch wichtige und nachhaltige Investitionen im Bereich der Klimagerechtigkeit zu setzen. „Nachhaltige Investitionen wären in den zentralen Bereichen des Lebens jetzt notwendiger denn je. Etwa im Bereich der Pflege, der Gesundheit und in der technischen Ausstattung von Schulen, das zeigt uns nicht zuletzt die Covid-Krise besonders deutlich“, ergänzt Fenninger. „Wir haben von Anbeginn der Corona-Krise davor gewarnt, dass aus der Gesundheitskrise eine Sozialkrise werden könnte. Wenn die Regierung nicht rasch handelt, wird das Jahr 2021 für viele Familien noch krisenhafter als es 2020 bereits ist“.



10. Kinder- und JugendanwältInnen Österreichs mahnen anlässlich des Internationalen Tages der Kinderrechte am 20. November die Kinderrechte ein

Die Krise trifft uns alle, ganz besonders jedoch junge Menschen. Die Pandemie und die damit verbundenen Maßnahmen haben nicht nur Auswirkungen auf ihren Alltag, ihre Beziehungen und ihr Wohlergehen, sondern auch auf ihre Grundrechte - die Kinderrechte. Darauf möchten die Kinder- und Jugendanwaltschaften (kijas) Österreichs an diesem Internationalen Tag der Kinderrechte aufmerksam machen.

Aus gegebenem Anlass betrifft eine zentrale Forderung der kijas die unbedingte Vermeidung von Schulschließungen. Diese haben gravierende Auswirkungen auf das Recht auf Bildung und Chancengleichheit. Es sollten daher vorrangig andere Möglichkeiten ausgeschöpft werden - wie etwa eine Mischform von Präsenz- und Fernunterricht und kleinere Gruppen. Kleinere Gruppen ist auch das Stichwort für Kindergärten – hier muss endlich die Finanzierung für einen besseren Betreuungsschlüssel auf die Beine gestellt werden. Zudem bräuchte es rasch rechtliche und faktische Verbesserungen bei den Schulbussen. Da Kinder unter 14 nicht als „volle“ Personen gezählt werden, sind diese heillos überfüllt - dies führt vor allem im Zusammenhang mit der Pandemie zu unverantwortlichen Situationen. Jede SchülerIn, egal wie alt, brauche einen Sitzplatz in öffentlichen Verkehrsmitteln.

Eine weitere Forderung betrifft die Versorgung durch MitarbeiterInnen der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe. Diese müssen um jeden Preis erreichbar und handlungsfähig bleiben.

Mehr dazu: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20201119_OTS0152/vergisst-die-kinder-nicht-kinderrechte-in-der-covid-19-pandemie

11. Welche Betriebe dürfen offen halten? – Übersicht der WKO

Welche Betriebe müssen aufgrund der angekündigten Coronavirus-Einschränkungen geschlossen bleiben und welche dürfen offen bleiben? Die WKO bietet Interessierten online eine Übersicht an, die die Betriebszweige, die während des aktuellen Lockdowns offen halten bzw. eingeschränktes Sortiment anbieten dürfen, im Detail darstellt unter folgendem Link: <https://www.wko.at/service/kriterienliste.pdf>

12. Postpartner-Regelung differenziert ausgefallen

Die Regelung für Postpartner im Lockdown ist differenziert ausgefallen, erläutert Post-Sprecher Michael Homola gegenüber der APA. Der Gesetzgeber hat hier nämlich sowohl auf die Branche als auch auf das Umfeld der Geschäfte abgestellt. Postpartner, die neben den Postdienstleistungen einen Handel betreiben, der auch im Lockdown offen halten darf - Lebensmittel, Trafik, etc. - können ganz normal auch die Postdienstleistungen weiter anbieten.

Demgegenüber muss man bei den übrigen Postpartnern - etwa in Kombination mit Büchern oder Textil - unterscheiden. Ist der Postpartner in einer Gemeinde tätig, wo er als einziger Postdienstleistungen anbietet, es also keine Postfiliale und keinen zweiten Postpartner gibt, darf er weiterhin offenhalten - allerdings nur für die Postdienstleistungen. Die Blumen oder Textilien etc. darf er daneben nicht verkaufen.

Ist ein Postpartner (mit Büchern etc.) allerdings in einer Gemeinde tätig, wo es eine Postfiliale gibt, muss er zusperren. Und ist er in einer Gemeinde tätig, wo es zwar keine Postfiliale gibt, aber einen oder mehrere weitere Postpartner, dann darf jener offenhalten, der daneben im "Hauptgeschäft" ohnehin geöffnet bleiben darf, also etwa ein Postpartner mit Lebensmittelhandel. Der Postpartner mit Büchern etc. muss hingegen zusperren.

Es gebe keine Verpflichtung für die Postpartner offenzuhalten, die Post ersuche sie aber, so der Post-Sprecher. Die Postfilialen bleiben übrigens fast alle auch im Lockdown zu den normalen Zeiten geöffnet. Nur 10 Filialen von insgesamt über 400 in ganz Österreich haben laut Sprecher ihre Öffnungszeiten reduziert.



13. Reisebüros entsetzt: Bekommen keinen Umsatzersatz

Die heimischen Reisebüros sind in heller Aufregung: Sie würden während des Lockdowns trotz Reiseverbots für touristische Zwecke nicht behördlich geschlossen und bekämen daher keine Entschädigung in Form des Umsatzersatzes, wie die Branchenverbände ÖVT und ÖRV in einem offenen Brief an die Regierungsspitze schreiben. Die Reisebranche sei eine der Hauptbetroffenen der Pandamiefolgen und benötige dringend finanzielle Unterstützung.

Die Reisebüros und -veranstalter fragten laufend beim Österreichischen Verein für Touristik bzw. beim Reiseverband nach, ob es dem - verfassungsrechtlich garantierten - Gleichheitsgrundsatz entspreche, dass Gastronomie und Hotels mit 80 Prozent Umsatzersatz - zusätzlich zu Fixkostenzuschuss und Co. - unterstützt würden, Reisebüros und -veranstalter aber nicht. Jetzt bekämen ja auch Handel und Dienstleister, selbst die Glücksspielbetriebe, bis zu 60 Prozent Umsatzersatz.

Das Finanzministerium sagte dazu am Mittwoch auf APA-Anfrage, dass in Kürze der Fixkostenzuschuss 2 beantragbar sein werde, den auch Reisebüros nutzen könnten. Schon den Fixkostenzuschuss 1 hätten viele Reisebüros in Anspruch genommen, ebenso Steuerstundungen und Kurzarbeit. Der Umsatzersatz ist nur für behördlich geschlossenen Unternehmungen gedacht, und diese Schließungen obliegen dem Gesundheitsministerium.

Das Gesundheitsressort verwies auf APA-Anfrage auf die rechtliche Begründung zur Covid-19-Notmaßnahmenverordnung. Laut dieser ist das "Betreten von Dienstleistungsunternehmen, die keine Freizeiteinrichtungen sind und keine körpernahen Dienstleistungen erbringen", nicht untersagt. Dienstleistungsbetriebe arbeiteten "fast ausschließlich" mit Terminvereinbarung und könnten Kundenkontakte genau steuern. "Dadurch sind dort vergleichsweise wenige Kunden gleichzeitig anwesend. Die Identität der Kunden und die Dauer ihres Aufenthalts sind bekannt und nachvollziehbar, sodass allfällige Infektionen mittels Contact Tracing leicht nachvollziehbar sind", heißt es in der Begründung.

14. MedizinerInnen fordern Konzepte für Zeit nach Lockdown

GesundheitsexpertInnen fordern Strategien für die Zeit nach dem bis 6. Dezember geltenden Lockdown. Es brauche Präventionskonzepte für die Wiederöffnung der Schulen, für Menschenmassen beim Einkaufen und dafür, „wie man Weihnachten feiern wird“, sagte Umweltmediziner Hans-Peter Hutter heute bei einer Pressekonferenz der Ärztekammer (ÖÄK). Auch das Contact-Tracing müsse besser funktionieren. ÖÄK-Präsident Thomas Szekeres rief zur Einhaltung der geltenden Maßnahmen auf.

„Wichtig ist, dass man sich überhaupt etwas überlegt“, betonte Hutter. Der Experte vom Zentrum für Public Health der MedUni Wien riet beispielsweise dazu, für Schulen und Kindergärten Lüftungen bereitzustellen, wo mechanisches Lüften nicht ausreicht.

Außerdem werde es nach dem 6. Dezember zu Hotspots beim Einkaufen kommen. Hier sei offen, wie das unter Kontrolle zu halten sei, wie man eventuell staffelt und mit den Öffnungszeiten umgeht. Beim Weihnachtsfest dürfe dann nicht das „verspielt“ werden, was zuvor mit Anstrengungen erreicht wird, warnte Hutter. Es müsse langfristig gedacht werden, „wie wir da durchkommen“.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3190466/>



Aus den Bundesländern

1. LH-Kaiser fordert zweites Unterstützungspaket für Kommunen

Die Kärntner SPÖ fordert von der Bundesregierung ein zweites Unterstützungspaket für Städte und Gemeinden. Wie Parteichef LH Peter Kaiser in einer Aussendung nach einer - virtuellen - Parteivorstandssitzung erklärte, fordere die SPÖ Kärnten die Bundesregierung dazu auf, "sich bei ihren Beschlüssen die Lebensrealität der Österreicherinnen und Österreicher deutlicher als bisher vor Augen zu führen".

Wenn es keine Unterstützung gebe, würden Städte und Gemeinden aufgrund coronabedingter Einnahmenschwünge wichtige Leistungen nicht in gewohntem Umfang aufrechterhalten können, so Kaiser. Sollte die Bundesregierung dem nicht schleunigst nachkommen, trage sie allein die Verantwortung dafür, wenn etwa die Unterstützung für Freiwillige Feuerwehren, die Kinderbetreuung, die Unterstützung für Vereine nicht mehr leistbar seien. Kaiser: "Herr Kurz, Herr Kogler: Koste es was es wolle, darf nicht nur für einige Unternehmen gelten, sondern muss in erster Linie auch für die breite Bevölkerung gelten."

2. Zweite Coronawelle schlägt massiv in Pflege- und Altenheimen durch

Die zweite Coronawelle schlägt in den österreichischen Pflege- und Altenheimen mit deutlich mehr Wucht als die erste zu. Mehr als die Hälfte aller Covid-Opfer in Heimen (323 von 607) wurde alleine in den letzten 40 Tagen verzeichnet. Im Burgenland wurden überhaupt 100 Prozent der Corona-Toten in Heimen im Zeitraum vom 1. Oktober bis 12. November verzeichnet, in **Niederösterreich** waren es 91 Prozent und in **Oberösterreich** 82 Prozent.

Insgesamt waren mit Stand 12. November 38 Prozent (607 Tote) aller Corona-Opfer (1.608) in Alten- und Pflegeheimen zu beklagen, 323 davon alleine im Zeitraum vom 1. Oktober bis 12. November. Im **Burgenland** waren alle 15 Sterbefälle in Heimen auf die zweite Welle zurückzuführen. In niederösterreichischen Heimen starben 81 der 89 Corona-Toten (91 Prozent) seit Oktober, in Oberösterreich waren es 62 von 76 (82 Prozent).

Die geringste Corona-Sterblichkeit in Heimen hat derzeit **Vorarlberg** mit 27 Prozent (vier von insgesamt 15 Toten seit Beginn der Pandemie). In **Tirol, Salzburg und der Steiermark** liegt dieser Anteil zwischen 32 und 38 Prozent, in **Wien** sind es 43 Prozent (75 von 174 Toten). Der österreichweite Schnitt liegt demnach bei 53 Prozent. Einzig **Kärnten** hat bisher keine Corona-Toten in Heimen verzeichnet.

3. Alle Kärntner Schulen und Kindergärten sollen offen bleiben

Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser hat angekündigt, dass in Kärnten alle Pflichtschulen und Kindergärten im Einflussbereich des Landes auch im Lockdown geöffnet bleiben, auch wenn die Schulen auf Distance Learning umsteigen. Er appellierte via Aussendung an die BetreiberInnen privater Kindergärten, diese ebenfalls offen zu lassen. Die Landesregierung werde Gruppenförderung und einen Zuschuss zu den Kinderbetreuungskosten ("Kinderstipendium") weiter auszahlen.

Bildungsdirektor Robert Klinglmair hatte am Sonntag gegenüber dem ORF Kärnten gesagt, dass man noch nicht wisse, wie viele Eltern ihr Kinder zu Hause betreuen werden und wie viele in Schulen betreut werden müssen. Kaiser kündigte unterdessen eigene Landes-Präventionsmaßnahmen an, um den Infektionsschutz in den Bildungseinrichtungen zu erhöhen. Er habe die Bildungsabteilung mit der Erarbeitung eines entsprechenden Konzepts beauftragt, so Kaiser.



Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden

1. NÖ Städtebund fordert "echte" Corona-Hilfe

Der Vorsitzende des NÖ-Städtebundes, St. Pöltens Bürgermeister Matthias Stadler, fordert "echte" Unterstützung für die Kommunen. "Es braucht echtes Geld, das nicht durch gleichzeitige Steuersenkungen den Kommunen wieder entzogen wird", betonte Stadler. Alleine in Niederösterreich werden die Ausfälle durch die Coronakrise für die Städte und Gemeinden mit 250 Millionen Euro beziffert. "Die Lage ist ernst. Wir brauchen zusätzliches Geld", betonte Stadler.

2. Wels erlässt Gebühren in Kurzparkzonen, Linz nimmt Anpassungen im Öffentlichen Verkehr vor

Die Stadt Wels setzte wie im Lockdown im Frühjahr die Gebührenpflicht in den Kurzparkzonen der Innenstadt beginnend mit letzten Dienstag aus. In Linz bleibt die Gebührenpflicht vorerst aufrecht. Beide Städte nehmen Anpassungen im Öffentlichen Verkehr vor, hieß es in Presseausendungen am Montag.

Er habe mit Vizebürgermeister Verkehrsreferent Markus Hein vereinbart, die kommenden Tage in der Innenstadt zu beobachten, sagte Bürgermeister Klaus Luger der APA. Im Frühjahr waren alle Wirtschaftsbetriebe heruntergefahren, nun seien manche Dienstleister nicht von dem Lockdown betroffen, erklärte Luger. "Wenn die Parkplätze von den KundInnen benötigt werden und auch BewohnerInnen unter Druck kommen, bleibt die Vergebühung. Wenn Parkplätze leer bleiben, dann wird auf die Einhebung der Gebühren verzichtet", führte er aus.

Im Öffentlichen Verkehr wurden in Wels die Abend- und Verstärkerbusse der Wels Linien ab vergangenen Dienstag eingestellt. Die Linz Linien nehmen Fahrplananpassungen auf Intervall-Basis des Ferienfahrplans vor. Das Fahrgastaufkommen werde weiterhin beobachtet, um bei Bedarf mit punktuellen Maßnahmen zu reagieren, hieß es. Wels sagte nun auch die Welser Weihnacht ab. Eine Durchführung der Welser Weihnachtswelt sei in Absprache mit Marktreferent Stadtrat Peter Lehner definitiv nicht möglich, teilte die Stadt mit.

3. Steiermark: Unterschiedliche Herangehensweisen bei Gemeinderatssitzungen

In **Feldbach** tagt das Stadtparlament am Montagabend nicht wie üblich. Umlaufbeschlüsse ersetzen Beratung und Beschlussfassung werden. Alle Mitglieder des Gemeinderates erhalten Anträge und Beilagen zu den Tagesordnungspunkten auf elektronischem Weg per E-Mail und schreiben zurück: Sie geben die Zustimmung, lehnen ab oder enthalten sich.

Diesen Weg schlägt man auch in **Mureck** ein. „Ich habe sie wegen Corona abgesagt. Wir machen Umlaufbeschlüsse, wie vom Land empfohlen“, erläutert Bürgermeister Anton Vukan. Mit dem Nachtragsvoranschlag werde man sich in der Sitzung im Dezember beschäftigen. Vukan will auf Nummer sicher gehen: „Alles, was sich vermeiden lässt, führen wir nicht durch.“

In **Bad Radkersburg** findet die Gemeinderatssitzung am 21. November um 16 Uhr im Zehnerhaus statt – unter Einhaltung aller notwendigen Maßnahmen. „Der Grundzugang ist, dass es eine Debatte geben soll. Umlaufbeschlüsse sind relativ kompliziert“, so Bürgermeister Karl Lautner. Die Sitzung wird im Internet übertragen.

Fehrings Bürgermeister Johann Winkelmaier will die für den 25. November terminisierte Gemeinderatssitzung durchführen. Mit dem Breitbandausbau in Hatzendorf stehe ein großes Projekt für die Zukunft auf der Tagesordnung, das der Beratung und Beschlussfassung bedürfe. „Mit Umlaufbeschluss ist das nicht ganz einfach. Wir sind mit FFP3-Masken ausgestattet, haben einen großen Saal und können auch sehr große Abstände einhalten.“ Zuhörer sind nicht erlaubt.



4. Burgenland: Eingeschränkte Öffnungszeiten in Gemeindeämtern

Das öffentliche Leben läuft derzeit Lockdown-bedingt wieder auf Sparflamme. In den sieben burgenländischen Bezirksvororten ist der Parteienverkehr in den Gemeindeämtern entweder ausgesetzt, oder findet nur eingeschränkt statt. In Eisenstadt und Neusiedl am See werden derzeit auch die gebührenpflichtigen Kurzparkzonen nicht kontrolliert.

5. Wiener Gesundheitsverbund: Besuchsverbot in Kliniken nach Bundesverordnung wieder in Kraft

Seit Dienstag, dem 17.11.2020 gilt auch in den Kliniken des Wiener Gesundheitsverbundes wieder ein generelles Besuchsverbot. „Dieser Schritt erfolgt im Rahmen der Umsetzung der neuen Maßnahmenverordnung des Bundes, in der auch der aktuelle Lockdown geregelt wird“ erklärt Evelyn Kölldorfer-Leitgeb, Generaldirektorin des Wiener Gesundheitsverbundes. Durch das Besuchsverbot sollen die PatientInnen und MitarbeiterInnen geschützt werden, die Maßnahme hatte sich bereits im vergangenen Frühjahr im Kampf gegen die Ausbreitung der Pandemie bewährt. „Wenn man in ein Spital kommt, hat man in der Regel ein medizinisches Problem. Man ist also schon vorbelastet, der Körper vielleicht geschwächt. Corona ist dann besonders gefährlich. Daher müssen wir unsere PatientInnen schützen“ erklärt Peter Gläser, Medizinischer Direktor der Klinik Ottakring.

Mehr dazu: <https://gesundheitsverbund.at/generelles-besuchsverbot-wieder-in-kraft/>



Europa und International

1. Generation von Nichtschwimmern aufgrund der Pandemie in Deutschland?

59 Prozent der Mädchen und Jungen sind beim Schwimmen nicht sicher, zeigt eine Studie aus dem Jahr 2017. Jetzt sind Pandemie-bedingt die Bäder geschlossen und Schul- und Anfängerkurse fallen aus. Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft und der Deutsche Schwimmverband (DSV) schlagen daher Alarm und befürchten eine Generation von Nichtschwimmerinnen und Nichtschwimmern. Der DSV fordert, dass nach dem Teil-Lockdown die Bäder den Vereinen mehr Zeit für Schwimmkurse bieten sollen, insbesondere auch an Wochenenden und in den Ferien.

Mehr dazu: <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/viele-kinder-koennen-sich-nicht-ueber-wasser-halten-in-deutschland-waechst-eine-generation-der-nichtschwimmer-heran/26626292.html>

2. Ist Arbeit im Homeoffice in England Nährboden für Vorurteile und Intoleranz?

Der Arbeitsplatz ist einer der wichtigsten Orte, um Menschen mit unterschiedlichen religiösen und kulturellen Hintergründen kennen und verstehen zu lernen. So arbeiten in England und Wales über drei Viertel aller Büroangestellten in einem ethnisch diversen Team. Der private Freundes- und Bekanntenkreis ist oft wesentlich weniger „bunt gemischt“ als das Team im Büro, vor allem außerhalb der multikulturellen Hauptstadt London. Auch Arbeitslosigkeit erhöht das Risiko, nur in der eigenen „kulturellen Blase“ zu verkehren, um über ein Drittel. All diese Erkenntnisse stammen aus einer Umfrage, die während des ersten Lockdowns im Frühling unter knapp 12.000 Erwachsenen in England und Wales durchgeführt wurde. Der Auftraggeber der Umfrage, das Woolf Institute in Cambridge, ist international besonders für seine Forschung zum interreligiösen Dialog bekannt. Insgesamt zeigt die aktuelle Woolf-Studie, dass Vorbehalte gegenüber anderen Religionen meist offener gezeigt werden als Vorurteile gegenüber bestimmten ethnischen Gruppen. Dieses Phänomen dürfte auch keine Einbahnstraße sein: Laut der Studie erregt die Zugehörigkeit einer Person zum Islam bei vielen Personen das meiste Misstrauen, doch Menschen, die sich als Moslems bezeichnen, tendieren gleichzeitig auch zu mehr Vorbehalten gegenüber Andersgläubigen. Der wichtige Umkehrschluss daraus ist, wenn viele Menschen lange Zeit nur von daheim arbeiten, ist ein Ersatz für den informellen Austausch und das Gemeinschaftsgefühl im Büro nötig. Das fördert nicht nur die Teamleistung, sondern hilft auch gegen Vorurteile und Intoleranz

Mehr dazu: <https://www.bbc.com/news/uk-54937713>

3. Bericht der EuroComm zur Lage in Ost- und Südosteuropa

Neben den aktuellen Verlaufsgrafiken bildet der Bericht der EuroComm – wie gewohnt - ab, wie sich die Lage im jeweiligen Land entwickelt, vor allem in Hinblick auf die Auslastung des Gesundheitssystems.

Mehr dazu in **Beilage1**



Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel

1. Europäische Kommission: Impfstoff-Vertragsgenehmigungen mit Pharmaunternehmen

Bereits im Juni 2020 legte die EU-Kommission eine europäische Strategie für die Beschleunigung der Entwicklung von COVID19-Impfstoffen vor. Die EU stellte Mittel als Anzahlung für die Impfstoffe bereit, die dann tatsächlich von den Mitgliedstaaten erworben werden. Durch diese Mittel sind die Vorlaufkosten der Impfstoffhersteller in Form von Abnahmegarantien finanziert worden. Als Gegenleistung zu dieser Vorleistung wurde das Recht eingeräumt, innerhalb eines bestimmten Zeitraums eine bestimmte Anzahl von Impfstoffdosen erwerben zu können. Grund für solche Vereinbarungen ist, dass derartige Investitionen aufgrund der hohen Kosten und der damit einhergehenden hohen Durchfallquote sehr riskant sind.

Sobald sich Impfstoffe als wirksam erwiesen haben und von der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) zugelassen wurden, erfolgt die Verteilung in Europa. Dazu hat die Kommission im Vorfeld bereits die wichtigsten Schritte zum weiteren Vorgehen der Mitgliedstaaten aufgelistet, die unternommen werden müssen. Dazu gehört in erster Linie die Entwicklung nationaler Impfstrategien. Erarbeitet werden dazu unter anderem ein gemeinsamer Rahmen für die Berichterstattung.

Optionsverträge: Mitte November 2020 hat die Kommission einen zusätzlichen Optionsvertrag mit den Pharmaunternehmen BioNTech und Pfizer genehmigt, welcher den Erstkauf von 200 Millionen Impfdosen sowie eine Option zum Kauf weiterer 100 Millionen Impfdosen vorsieht (Gesamtkosten für die EU 700 Mio €). Die Lieferung wird nach nachgewiesener Wirksamkeit des Impfstoffes erfolgen. Der Vertrag mit der BioNTech-Pfizer-Allianz erweitert das bisherige Portfolio von Impfstoffen in Europa. Im Vorfeld dazu wurden bereits Verträge mit den Pharmaunternehmen AstraZeneca, Sanofi-GSK und Janssen Pharmaceutica NV sowie CureVac und Moderna geschlossen. Man hat in Europa eine breitere Streuung als in den USA sowie auch der Schweiz, während Norwegen (als Mitglied im EEA) ebenso von den erwähnten Optionsverträgen profitiert. Einige der Impfstoffe sollten - die Zulassung durch die EMA vorausgesetzt - **zum Jahresende verfügbar** sein. Die EU-KOM hat in global produzierende bzw. anbietende Unternehmen investiert, woraus hinsichtlich Verfügbarkeit dieser Impfstoffe auch ein Mehrwert für Drittstaaten resultiert. Die Impfstoffbereitstellung an Drittstaaten via Covax wird gemeinsam mit den USA verhandelt. Die **Verteilung der Impfstoffe** ist eine logistische (zB Lagerungstemperatur) wie auch eine strategisch-politische Herausforderung (zB Definition der Impfgruppen).

Kritische anzumerken ist, dass die globalen "Impfstoffwettläufe" zu Lasten ärmerer Staaten gehen, es eine zunehmende Marktmacht dominierender Unternehmen und Intransparenz hinsichtlich der Vertragsbedingungen gibt.

Presse: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_2081

2. Europäisches Parlament: Ausschusssitzungen ua COVID19 betreffend (16.-19. November)

- **19 November - Kulturausschuss (CULT):** Initiativbericht von MdEP Verheyen: Auswirkungen von COVID-19 auf die Jugend und den Sport; AT MdEP im CULT: Heide
- **19 November - Wirtschafts-und Währungsausschuss (ECON):** Dialog/öffentl. Aussprache zur COVID19-Situation mit Madame Lagarde (Präsidentin der Europäischen Zentralbank & Vorsitzende des European Systemic Risk Board); AT MdEP im ECON: Karas, Regner

EP-Auschüsse: <https://www.europarl.europa.eu/committees/de/home>

